

## Langfassung der Antworten der Parteien zu den Wahlprüfsteinen der DGSMP

(Reihenfolge nach der Größe der Fraktionen im aktuellen Bundestag)

Wahlprüfsteine der DGSMP	SPD	FDP	Linke	Grüne	Freie Wähler	Volt
<b>1. Treiber für Krankheiten und Umweltkatastrophen</b>						
<p>Die Lancet–Chatham House Commission nennt als gemeinsame Treiber für (übertragbare und nicht übertragbare) Krankheiten und Umweltkatastrophen: eine wenig nachhaltige Landwirtschaft, Subventionen für schädliche Produkte und überfüllte Städte. <b>Welche Maßnahmen planen Sie gegen diese Treiber?</b></p>	<p>Wir stehen für eine nachhaltige Landwirtschaft, eine starke Position der Verbraucher*innen und für die notwendigen Rahmenbedingungen für ein gesundes Leben. Deswegen setzen wir uns für eine Biodiversitätspolitik ein, um Ökosysteme zu schützen und wiederherzustellen. Eine besondere Rolle kommt dem Erhalt der Wälder zu. Ebenso wollen wir den Einsatz von Dünger und Pestiziden reduzieren. Auf dem Weg zur Klimaneutralität fällt Mooren und Wäldern eine besondere Bedeutung zu. Bestehende Moore müssen geschützt und trockengelegte Moore müssen im großen Stil wiederhergestellt werden. Wälder müssen an den Klimawandel angepasst werden, damit sie auch in Zukunft ihre wichtige Rolle für den Klimaschutz und die Biodiversität erfüllen können. Die Landwirtschaft hat bei der Bekämpfung des Klimawandels und dem Erhalt der Artenvielfalt eine zentrale Rolle.</p> <p>Wir werden daher die Agrarförderung so ausrichten,</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen regionale, nationale und internationale transdisziplinäre Zusammenarbeit für die ganzheitliche Gesundheit für Mensch, Tier und Natur. Eine sektorenübergreifende Zusammenarbeit zwischen Humanmedizin, Tiermedizin und Umweltmedizin ist erforderlich. Ebenso ein wirtschaftliches Anreizsystem für ein nachhaltiges „One Health Unternehmertum“. Wir leben in einer globalisierten Welt, in der die weltweiten Bedrohungen durch Epidemien und Pandemien sektorenübergreifend erforscht werden müssen. Wir wollen zudem Human- und Veterinärmediziner sowie Halterinnen und Halter von Wildtieren für den Umgang mit Zoonosen schulen. Durch eine Registrierungspflicht sollen Tierhalterinnen und Tierhalter im Infektionsfall schnell und unkompliziert informiert werden.</p>	<p>Zur nachhaltigeren Gestaltung der Landwirtschaft wollen wir die Agrar-Subventionen an gemeinwohlorientierte, soziale wie ökologische Kriterien binden. Außerdem wollen wir eine regionale Produktion und Wertschöpfung befördern sowie den Selbstversorgungsgrad ausbauen. Nicht international agierende Megakonzerne, sondern einheimische Wirtschaftskreisläufe müssen gestärkt werden. Wir wollen natur- und umweltzerstörende Subventionen abbauen und die freiwerdenden Gelder in Natur- und Umweltprogramme investieren.</p> <p>DIE LINKE fordert gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen des Landes, in Ost und West. Dazu wollen wir u. a. eine bessere Infrastruktur und eine Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum: die Anbindung der Gemeinden untereinander und zum nächsten städtischen Zentrum mindestens im Stundentakt von 6 bis 22 Uhr. Bei Investitionsmitteln</p>	<p>Wir GRÜNE wollen Klima-, Umwelt-, Tier- und Gewässerschutz und landwirtschaftliche Erzeugung miteinander versöhnen. Das bedeutet fruchtbare kohlenstoffspeichernde Böden, sauberes Wasser und intakte Ökosysteme, aber auch ein faires Auskommen von Landwirt*innen und eine gute und gesunde Ernährung für alle. Wir wollen zudem, dass deutlich weniger Tiere gehalten werden als bisher und diesen Tieren ein wesentlich besseres Leben ermöglicht wird.</p> <p>Grundsätzlich wollen wir umwelt- und gesundheitsschädliche Subventionen konsequent abbauen und setzen auf ordnungspolitische Regeln, damit nachhaltig produziert, gehandelt und konsumiert wird.</p> <p>Wir wollen es Kommunen erleichtern, Grünflächen und Wasserläufe auszubauen, Konzepte wie Stadtnatur und Schwammstadt stärken und das Baurecht anpassen. Mit unserem Förderprogramm „Grüne Freiräume</p>	<p>Wir wollen das Vorsorgeprinzips wieder stärken. Internationale Abkommen wie das Übereinkommen der Welthandelsorganisation über sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen oder Handelsabkommen der EU wie CETA (mit Kanada), TTIP (mit den USA) und Mercosur stellen unseren vorsorgenden Ansatz leider zunehmend infrage. Die Große Koalition treibt dies weiter voran. Dem stellen wir uns entgegen. Alle Verursacher der Verschmutzung von lebensnotwendigen Ressourcen sind finanziell in die Verantwortung zu nehmen.</p> <p>Deshalb wollen wir in Deutschland keine Steuergelder für Ressourcenverschwendung und Klimaschädigung einsetzen. So ist es gerade in Krisenzeiten gut, dass Bund und Länder mit Konjunkturprogrammen dem Verlust von Arbeitsplätzen entgegenwirken. Doch ein Staat, der das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet hat, muss bei staatlichen Hilfen die Klimafolgen mit in den Blick nehmen. Durch</p>	<p>In der Landwirtschaft ist dringend ein Umdenken notwendig. Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft darf Produktivität nicht länger zu Lasten der natürlichen Ressourcen gehen.</p> <p>Hierfür wollen wir die Agrarförderung vom System der Direktzahlungen hin zu Gemeinwohlprämien umstellen. Mit diesen Prämien werden Landwirt*innen für Leistungen entlohnt, die über das betriebswirtschaftliche Interesse der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte hinausgehen. Dabei stehen die Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens und die Ziele für Nachhaltige Entwicklung („Sustainable Development Goals“) im Fokus. EU-Agrarsubventionen sollen außerdem daraufhin überprüft werden, dass sie nicht weiterhin den Handel zu Lasten von Ländern des Globalen Südens verzerren. Stattdessen sollen sie zur Erreichung von fairem Handel und Gleichberechtigung umgestaltet werden. Weiterhin setzen wir uns dafür ein,</p>

Wahlprüfsteine der DGSM	SPD	FDP	Linke	Grüne	Freie Wähler	Volt
	<p>dass eine umweltschonende Landwirtschaft im Wettbewerb mithalten kann. Mit unserer Handelspolitik werden wir die sozial-ökologische Transformation unterstützen. Dafür sollen die agrarökologische Landwirtschaft und der Handel mit nachhaltigen Gütern besonders gefördert werden.</p> <p>Durch unsere Mobilitätsgarantie und den Ausbau der digitalen Infrastruktur eröffnen wir allen, die es wollen, die Möglichkeit, aus den überfüllten Städten aufs Land umziehen, um im Einklang mit der Natur zu leben. In den Städten wollen wir mehr Flächen für öffentlichen Verkehr, Fußgänger*innen und Radfahrer*innen sowie mehr Grünflächen schaffen.</p>		<p>wird ein Vorrang für strukturschwache Regionen eingeführt. Auch der fortschreitende Klimawandel führt zur Verbreitung vieler Krankheiten. Auch deswegen muss Deutschland bis 2035 klimaneutral werden.</p>	<p>und Wasser für coole Städte“ wollen wir Grünflächen, Grünzüge und Gebäudegrün in den Städten stärken und die Lebensqualität in den Städten für alle erhöhen.</p>	<p>staatliche Rettungen von Fluggesellschaften das Weiter-so der Billigflieger strukturell zu erhalten, ist entgegen jeglicher Vernunft und widerspricht einem sachgerechten, verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern. Denn gleichzeitig sind Strafzahlungen für das Nichteinhalten der Klimaschutzziele im Verkehrssektor absehbar. Stattdessen fordern wir, Privilegien abzuschaffen, die dem Ziel des Klimaschutzes und den dafür verwendeten Steuermitteln entgegenwirken. Ein Beispiel hierfür ist die steuerliche Befreiung von Kerosin. Auch der Kohleausstieg hätte durch eine frühere Entscheidung und eine stringente, langfristige Planung kosteneffizienter und ökologischer gestaltet werden können.</p> <p>Das Angebot an bezahlbarem Wohnraum deckt längst nicht mehr die Nachfrage. Die Antwort auf diese Entwicklung kann nicht die grenzenlose Nachverdichtung in den Städten sein. Grün- und Erholungsflächen müssen erhalten bleiben und die Belastbarkeitsgrenzen der Infrastruktur bedacht werden, damit die Lebensqualität in den Städten langfristig erhalten bleibt. Verbunden mit der Anforderung</p>	<p>dass schrittweise alle klimaschädliche Subventionen abgeschafft werden. Beispielsweise soll die Befreiung des Flugverkehrs von der Kerosin- und Mehrwertsteuer aufgehoben werden. Der Abbau der Subventionen erfolgt zum Abmildern sozialer Folgen und im Sinne der Bekämpfung des Klimawandels.</p> <p>Um gegen die Überfüllung der Städte vorzugehen, setzen wir insbesondere auf ein Mobilitäts- und Städtebaukonzept, bei welchem wir Verkehr vermeiden, verlagern und verbessern wollen. Die effiziente Nutzung von Wohnraum (z. B. durch Umnutzung von leerstehenden Gebäuden oder Aufstockung bestehender Gebäude) kann z. B. zur Reduktion von Pendelverkehr beitragen. Durch eine Kombination von Push-Maßnahmen zur Reduktion der Attraktivität des Individualverkehrs (z. B. dem Verbot des Einsatzes fossiler Kraftstoffe ab 2035) und Pull-Maßnahmen, die Anreize zum Nutzen von Fuß-, Fahrrad- und öffentlichem Verkehr schaffen (z. B. Ausbau eines für jede*n bezahlbaren ÖPNV) soll Verkehr von den Straßen auf die Schiene verlagert werden. Ergänzend (da nicht direkt</p>

Wahlprüfsteine der DGSM	SPD	FDP	Linke	Grüne	Freie Wähler	Volt
					<p>zung von gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land muss die Wohnbauförderung in Regionen gedacht werden und das Umland stärker einbezogen werden. Die Anbindung an Oberzentren muss insbesondere im öffentlichen Personennahverkehr und im Radverkehr verbessert werden. Dazu müssen z.B. Rad-schnellwege im Metro-Bereich von 25 Kilometern stärker gefördert werden.</p>	<p>zur Problematik der überfüllten Städte beitragend) wollen wir den Verkehr durch Wandel zur E-Mobilität verbessern.</p>
<p><b>2. Soziale und gesundheitliche Ungleichheit:</b></p>						
<p>In Deutschland hat zunehmende Prosperität nicht zu einer Verringerung der sozial bedingten Ungleichheit geführt. <b>Was werden Sie zur Verringerung der sozialen und gesundheitlichen Ungleichheit tun?</b></p>	<p>Die Verringerung von Ungleichheit ist für uns ein Kernanliegen. Eine Gesellschaft des Respekts – das ist unser Leitbild für Deutschland. Deshalb stehen wir für gute Arbeitsbedingungen mit Tarifverträgen für alle Beschäftigten. Den Mindestlohn werden wir auf 12 Euro erhöhen. Wir wollen Planungssicherheit statt befristete Arbeit, ein Recht auf Weiterbildung, um mit neuen Entwicklungen Schritt zu halten und das Recht auf Arbeit – also ein Angebot für alle auf dem ersten oder dem sozialen Arbeitsmarkt oder eine Qualifizierung. Zudem stehen wir für ein Bürgergeld, das einfach zu beantragen ist und nicht nur zum bloßen Überleben ausreicht.</p>	<p>Das Sozialversicherungssystem sichert auch im internationalen Vergleich den Zugang zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger jeglichen Alters in unserem Land. Finanzielle Basis für dieses Sozialversicherungssystem bildet die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Prosperität Deutschlands. Wir Freie Demokraten setzen uns für die finanzielle Stabilität unseres Sozialversicherungssystems ein und wollen dieses zielgenauer und nachhaltiger gestalten.</p>	<p>Die gesundheitliche Ungleichheit folgt tendenziell der sozialen Ungleichheit. Ungleichheit ist selbst ein Risikofaktor, denn sozial gleichere Gesellschaften sind tendenziell gesünder, auch die bevorteilten Schichten. In Deutschland sind insbesondere die Vermögen sehr ungleich verteilt. Auch zur Verwirklichung des Rechts auf bestmögliche Gesundheit ist daher eine sozial gerechte Gesamtpolitik notwendig. DIE LINKE wirkt vielfach auf die Verringerung sozialer Ungleichheit hin, von der menschenwürdigen Existenzsicherung über die Besteuerung von Reichen bis hin zur solidarischen Mindestrente. Der Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Gesundheit muss im</p>	<p>Wir GRÜNE sehen Gesundheitsförderung und Prävention als zentrale Instrumente, um sozial bedingte ungleiche Gesundheitschancen zu reduzieren. Wir wollen alle Politikfelder mit einbeziehen und so gesundheitsförderliche Lebensbedingungen erreichen. Hierzu gehört auch ein Gesundheitscheck für relevante politische Entscheidungen. Wir werden ein Bundesinstitut für Gesundheit schaffen, durch das der Public Health-Ansatz gestärkt wird. Der Weg aus der Pandemie muss zu einem neuen sozialen Sicherheitsversprechen führen. Wir wollen Schritt für Schritt die sozialen Systeme so verändern, dass sie allen Menschen Sicherheit und Halt geben, auch in Zeiten</p>	<p>Wir erleben seit längerem einen zunehmenden Rückbau in der Qualität und der Quantität vieler Leistungen im Gesundheitsbereich. Nicht nur der ländliche Raum droht der große Verlierer dieser Entwicklung zu werden. Wir müssen dies durch umfassende Maßnahmen und Reformen verändern, hin zu einem sozialen Gesundheitskonzept, in dem das deutsche und europäische Vorsorgeprinzip eingehalten wird. Die medizinische Versorgung der Menschen darf nicht durch das Streben nach einer reinen Gewinnmaximierung gefährdet werden. Wir kämpfen deshalb für eine wohnortnahe und flächendeckende medizinische Versorgung in Deutschland.</p>	<p>Um dies zu ermöglichen, benötigen wir den Ausbau der Tarifbindung, einen breit geförderten Vermögensaufbau für geringe und mittlere Einkommen, eine ausgewogene Erbschaftsteuer und auf lange Sicht eine solidarische Einkommensteuer (negative Einkommenssteuer mit entsprechender bedingungsloser Auszahlung für Geringverdienende). Mit einer umfassenden Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer wollen wir eine stärkere Beteiligung großer Vermögen am Steueraufkommen erreichen und gleichzeitig einer großen Vermögenskonzentration entgegenwirken. Zusätzlich wollen wir die Kapitalertragsteuer und den Spitzensteuersatz auf Einkommen leicht anheben. Mit den freiwerdenden</p>

Wahlprüfsteine der DGSMP	SPD	FDP	Linke	Grüne	Freie Wähler	Volt
	<p>Wir werden eine Bürgerversicherung und eine solidarische Pflegevollversicherung einführen. Das bedeutet: Gleich guter Zugang zur medizinischen Versorgung für alle, eine solidarische Finanzierung und eine hohe Qualität der Leistungen.</p> <p>Ein Leben voller Arbeit, darf im Alter nicht zu Armut führen. Deshalb halten wir das Rentenniveau stabil und sagen klar nein zu verkappten Rentenkürzungen durch längere Lebensarbeitszeit.</p>		<p>Mittelpunkt der Gesundheitspolitik stehen. Das betrifft einerseits den Zugang zu guter pflegerischer und gesundheitlicher Versorgung. Noch wichtiger ist aber, die Förderung von Gesundheitschancen als Aufgabe aller Politikbereiche von Bildung über Verkehr und Umwelt, bis hin zu Verbraucherschutz und Außenpolitik zu begreifen. Wir wollen daher, dass jede gesetzliche Initiative von einer unabhängigen Stelle auf ihre Auswirkungen auf gesundheitliche Ungleichheit untersucht wird.</p>	<p>persönlicher und gesellschaftlicher Umbrüche und ihnen Teilhabe ermöglichen.</p>	<p>Gerade die Corona-Pandemie zeigt die Notwendigkeit, ländliche Regionen gezielt zu stärken. Ungleichgewichte zwischen Stadt und Land müssen behoben werden. Dies ist besonders für ältere Menschen und Familien unerlässlich und unsere gesellschaftliche Aufgabe. Oft liegt die nächste Facharztpraxis viele Kilometer entfernt, Hausarztpraxen schließen oder wandern in die Großstädte ab. Die Lösung sind für uns hausarztorientierte, innovative Versorgungskonzepte (medizinische Versorgungszentren, ärztliche Leitung), der Ausbau der Telemedizin sowie interdisziplinäre Netzwerke, die wir voranbringen wollen. Wir befürworten die weitere Digitalisierung der Medizin, aber Datenschutz und Transparenz müssen gewährleistet werden. Der Bund muss die Programme für die Hausarztversorgung in allen Regionen und für die Pflegeversorgung im ländlichen Raum unterstützen, z.B. mit einer besseren Vernetzung/Verzahnung der Hausarztmodelle mit der Pflege. Außerdem müssen wir eine solide und verlässliche Finanzierung unserer Krankenhäuser sicherstellen. Dies wurde durch die Corona-Pandemie eindrucksvoll sichtbar. Jedes einzelne Krankenhaus ist in</p>	<p>Mitteln werden wir unter anderem stärker in Bildung, Gesundheit und die sozialen Sicherungssysteme investieren.</p> <p>Um das Konzept der gesundheitlichen Prävention aufzuwerten und mit Hilfe von Aufklärung und Vorsorge langfristig die allgemeine Gesundheitsentwicklung zu verbessern, setzt Volt auf einen ganzheitlichen Ansatz. Dieser umfasst Themen wie gesundheitliche Bildung, gute Ernährung, Freude an der Bewegung, Regelungen für legale und illegale Drogen, die psychosoziale Situation, die Arbeitswelt und natürlich Klima, Umwelt und Lebensumfeld.</p>

Wahlprüfsteine der DGSM	SPD	FDP	Linke	Grüne	Freie Wähler	Volt
					dieser Zeit wichtig. Wir wollen erreichbare und wohnortnahe Krankenhäuser und hierbei soll das Wohl der Patienten bei einer medizinischen Versorgung auf qualitativ höchstem Niveau, mit besten medizinischen Ergebnissen im Mittelpunkt stehen.	

### 3. Erhöhung der gesunden Lebenszeit

<p>Deutschland hat die niedrigste Lebenserwartung aller nord-, west und südeuropäischen Länder. Als Gründe werden u.a. diskutiert: ungünstige Ernährung; ein fehlendes vollständiges Tabakwerbeverbot; die hohe Ungleichheit der Vermögensverteilung. <b>Was planen Sie zur Erhöhung der gesunden Lebenszeit?</b></p>	<p>Die Erhöhung der gesunden Lebenszeit ist ein wichtiges Thema in unserer Agenda. Wir wollen sie durch ein Bündel von Maßnahmen erreichen. Bei der gesunden Ernährung wollen wir, dass in staatlich finanzierten Einrichtungen sowie in den Kitas, Schulen, Krankenhäusern, Heimen und Betriebskantinen eine den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung entsprechende gesundheitsfördernde Gemeinschaftsverpflegung angeboten wird. Den Familien mit geringeren Einkommen werden wir durch die neue Kindergrundsicherung mit deutlich erhöhten und nach den individuellen Bedarfen angepassten Sätzen es ermöglichen, auch zuhause gesund zu essen. Gesunde Ernährung soll zur Gewohnheit werden. Auch das Bundesprogramm „Gemeindehaus 2.0“, das wir auf dem Netz der Mehr-</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen das Präventionsgesetz reformieren. Wir setzen auf Überzeugung statt Bevormundung. Wir wollen Kindern und Jugendlichen bereits in Kindergärten, Schulen und in der Ausbildung einen gesunden Lebensstil vermitteln und damit die Verhütung von Krankheiten ermöglichen. Im Sinne eines lebenslangen Gesundheitslernens sollen aber auch Erwachsene entsprechende Informationen erhalten können. Der Prävention, Krankheitsfrüherkennung und Gesundheitsförderung kommen eine wichtige Bedeutung zu, die nicht nur das Gesundheitswesen umfasst, sondern altersunabhängig die gesamte Gesellschaft.</p>	<p>Es gibt viele Einflüsse auf die Gesundheit, viele davon hängen eng mit dem sozioökonomischen Status zusammen (siehe Antwort auf Frage 2). Als gesunderhaltende Faktoren sehen wir in starkem Maße gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung an. Die Möglichkeit, das eigene Leben und die eigene Umwelt nach den eigenen Vorstellungen (mit-)gestalten zu können, ist eine der wichtigsten Einflüsse auf die Gesundheit und damit auch auf die gesunde Lebenszeit. Wir setzen zudem auf verhältnispräventive Maßnahmen von einem guten Arbeitsschutz über eine strengere Regulierung gesundheitsschädlicher Waren wie Alkohol und Tabak bis hin zur gesundheitsförderlichen Ausgestaltung von Wohnraum, Arbeitsplatz und Städteplanung. Die Barrierefreiheit als ein wesentliches Teilhabeelement im höheren Element muss in allen</p>	<p>Für eine gesunde Gesellschaft braucht es eine Politik, die vorsorgt, die die Ursachen von Krankheiten bekämpft, Präventionsforschung fördert und vorschauend handelt. Statt nur auf die nächste Krise zu reagieren, sollen in Zukunft durch gemeinsame Gesundheitsziele und eine Ausweitung der Gesundheitsberichterstattung, Krankheitsursachen und der Stand der gesundheitlichen Versorgung in den Blick genommen werden. Prävention, Gesundheitsförderung und gesundheitliche Versorgung wollen wir GRÜNE grundsätzlich als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen verfolgen.</p>	<p>Eine ungesunde Ernährung hat gewaltige Auswirkungen auf die Gesundheit und damit die Finanzierung unseres Gesundheitssystems. Deshalb fordern wir detaillierte und lesbare Kennzeichnungen und Deklarationen von Nahrungsmitteln. Wir sehen die Nahrungsmittelindustrie in der Pflicht, den Anteil von Zucker, Salz und Transfetten zu reduzieren. Wir fördern und fordern zusätzlich eine flächendeckende Ernährungsberatung, von den Arztpraxen bis hin zu allen Beteiligten im Gesundheitswesen, die bereits in den Kindergärten und Schulen beginnt.</p>	<p>Volt möchte Gesundheitspolitik nach dem Prinzip "Prävention vor Kuration" gestalten. Daher planen wir einen umfassenden Maßnahmenkatalog um die Prävention zu verbessern. Um erfolgreich Präventionsarbeit zu leisten, sehen wir es als unabdingbar an, eine ausreichende Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung zu etablieren, bspw. durch den weiteren Ausbau des IN FORM Programmes. Wir wollen ein komplettes Werbeverbot von jeglichen Tabak- und Alkoholprodukten. Ebenfalls wollen wir die Tabak- und Alkoholsteuer anheben, da diese sich als effektiv erwiesen hat, um den Konsum zu verringern. Wir wollen ebenfalls in Deutschland das isländische Präventionsmodell etablieren, um schon im Kindesalter mit der Präventionsarbeit zu beginnen. Zum Thema Ernährung planen wir die Einführung einer Zuckersteuer. Diese soll</p>
---	---	--	---	---	---	---

Wahlprüfsteine der DGSM	SPD	FDP	Linke	Grüne	Freie Wähler	Volt
	generationenhäuser aufbauen, wollen wir dazu nutzen, einen gesünderen Lebensstil und mehr Bewegung in den Alltag von Jungen und Älteren zu integrieren. Mit der Mobilitätsgarantie werden wir zudem die Rahmenbedingungen für die Möglichkeit schaffen, die Städte zu verlassen und ein gesundes, mit der Natur abgestimmtes Landleben zu führen. Zudem wollen wir mehr Psychohygiene in den Ausbildungs- und Berufsalltag integrieren und dazu beitragen, dass wir alle mehr auf unsere Gesundheit achten und im Alltag gesundheitsfördernde Maßnahmen einfach umsetzbar sind.		öffentlichen Bereichen inkl. der Gesundheitsversorgung selbstverständlich sein.			wissenschaftlich begleitet werden, um die Auswirkungen dieser auf die Bevölkerung zu untersuchen. Ebenfalls möchten wir erreichen, dass eine aussagekräftige und verpflichtende Kennzeichnung des gesundheitlichen Nährwertes der angebotenen Nahrungsmittel eingeführt wird.
<b>4. Modernisierung des ÖGD</b>						
Die Coronapandemie traf auf einen jahrelang vernachlässigten Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD). <b>Welche Schwerpunkte sieht Ihre Partei in der Modernisierung des ÖGD und wie werden Sie die Umsetzung des Pakts für den ÖGD nach 2025 nachhaltig gestalten und finanziell ausstatten?</b>	Die Corona-Pandemie hat gezeigt: Deutschland hat ein gutes Gesundheitssystem. Es muss allerdings an einigen zentralen Punkten verstärkt und modernisiert werden. So braucht der öffentliche Gesundheitsdienst eine bessere Ausstattung mit einer digitalen Infrastruktur – Hardware ebenso wie Software. Wie andernorts im Bereich der Gesundheitsversorgung und der öffentlichen Daseinsvorsorge bedeutet es aber auch: personelle Verstärkung. Wir wollen die bestehenden Versorgungsstrukturen verbessern,	Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) nimmt eine wichtige Rolle beim Gesundheitsschutz der Bevölkerung ein. Voraussetzung ist jedoch, dass die heute in kommunaler Verantwortung stehenden und grundsätzlich aus den Landeshäushalten zu finanzierenden Gesundheitsämter technisch und personell hinreichend ausgestattet sind. Der digitalen Transformation der Gesundheitsämter muss höchste Priorität eingeräumt werden. Das Robert Koch-Institut wollen wir im Bereich Public-Health stärken und	Der ÖGD muss mit seinen wichtigen Funktionen unter anderem in der Vorsorge/Infektionsschutz, der (Hygiene-)Überwachung, den sozialkompensatorischen Angeboten und der kinderärztlichen Aufgaben gestärkt werden. DIE LINKE sieht etwa auch niedrigschwellige und aufsuchende Impfangebote in Schulen im originären Aufgabenbereich des ÖGD. Wir haben die Zuschüsse des Bundes in der Corona-Pandemie als zu niedrig kritisiert. Der Investitionsstau, marode Infra-	Der öffentliche Gesundheitsdienst muss jetzt endlich langfristig gestärkt werden. Bei der Finanzierung und der Ausstattung müssen Bund und Länder zusammenarbeiten. Unser Ziel ist es, ein Prozent der Gesundheitsausgaben für den öffentlichen Gesundheitsdienst bereitzustellen. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass wir die Strukturen der Öffentlichen Gesundheit in Deutschland deutlich stärken müssen. Der Öffentliche Gesundheitsdienst muss hier – auch gemäß des eigenen Leitbilds	Der Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst ist ein erster richtiger Ansatz den ÖGD zukunftsfähig auszustellen. Wir wollen insbesondere die kommunalen Gesundheitsämter personell und finanziell stärken. Eine bessere Vernetzung der Landesämter ist dafür die Grundvoraussetzung. Allerdings muss der geplante Stellenaufbau auch in den Kommunen ankommen. Im Rahmen der kommunalen Gemeinwohlverpflichtung fällt die Gestaltung örtlicher Lebensverhältnisse ein-	Durch eine mangelnde Personalausstattung und lang vernachlässigte Digitalisierung wurde deutlich in welcher Notlage der ÖGD in einer Ausnahmesituation kommen kann. Wir wollen den ÖGD als wichtige Säule in der Gesundheitsversorgung ausbauen und fit für die Zukunft machen. Dazu gehört, dass wir den ÖGD in der Digitalisierung unterstützen möchten. Wichtig ist uns dabei, dass die Mitarbeiter*innen zu jeder Zeit bei der digitalen Transformation mitgenommen und ausreichend geschult werden.

Wahlprüfsteine der DGSMP	SPD	FDP	Linke	Grüne	Freie Wähler	Volt
	<p>Innovationen im Gesundheitssystem forcieren und die Potenziale der Digitalisierung zügiger und umfassender nutzen. Die Ausgestaltung des öffentlichen Gesundheitsdiensts muss in einem umfassenden Sinn erfolgen, der alle erforderlichen Aufgaben in den Blick nimmt. Ein zuverlässiges und bundesweit einheitliches Datennetz und ein standardisiertes Berichtswesen sind die ersten Schritte. Der öffentliche Gesundheitsdienst darf aber nicht nur auf seine hoheitlichen Aufgaben beschränkt werden. Vielmehr muss er eine stärkere Rolle im Rahmen der Daseinsvorsorge wahrnehmen. Neben den beiden zentralen Aufgaben der Gesundheitsämter bei der Unterstützung besonders vulnerabler Personengruppen und der Gesundheitsförderung reichen sie von der internationalen Zusammenarbeit, Versorgungsforschung, Gesundheitsberichterstattung, Koordination unterschiedlicher Akteure im Rahmen von Gesundheitskonferenzen bis zur Gesundheitsinformation. Die Ausgaben für den ÖGD dürfen sich nicht an finanzpolitischen oder verwaltungstechnischen Vorgaben orientieren, sondern müssen sich an Versorgungsherausforderungen ausrichten.</p>	<p>unabhängiger ausgestalten. Im Hinblick auf eine nachhaltige Finanzierung des ÖGD über 2025 hinaus müssen in der kommenden Legislaturperiode unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der Corona-Pandemie grundsätzliche Überlegungen angestellt werden. Wichtig für uns Freie Demokraten dabei ist, dass der ÖGD insgesamt auch nach 2025 in der Lage ist, seiner wichtigen Aufgabe nachkommen zu können.</p>	<p>struktur, und schlechte Bezahlung und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sind zwar vor allem Versäumnisse der Länder. Aber in der Pandemie haben alle darunter gelitten. Wir fordern daher ein Investitionsprogramm für den ÖGD auch mit Mitteln des Bundes, den Aufbau besserer Kommunikationsstrukturen und auch eine Diskussion über mehr Bundeseinheitlichkeit im Agieren des ÖGD. Wir fordern eine deutlich bessere Bezahlung der ÖGD-Beschäftigten.</p>	<p>– eine zentrale Rolle als professionelles Public Health-Netzwerk einnehmen.</p>	<p>schließlich der Sicherung gesunder Lebensumstände laut Grundgesetz in die Zuständigkeit der Kommune. Damit wir vor Ort zielgerichtet handlungsfähig sind, brauchen wir neben der Stärkung des Gesundheitsdienstes auch einen Ausbau des Katastrophenschutzes. Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, dass dezentrale Versorgungs- und Lagerstrukturen für systemrelevante Artikel wieder flächendeckend aufgebaut werden.</p>	<p>Mit großer Erwartung warten wir auf die Empfehlungen des Beirat Pakt ÖGD. Als Volt ist es uns auch wichtig, nach dem Grundsatz "Prävention vor Kuration" zu handeln. Daher sehen wir auch nach 2025 als essentiell an, nachhaltig den ÖGD in Präventionsprogrammen zu fördern.</p>

Wahlprüfsteine der DGSM	SPD	FDP	Linke	Grüne	Freie Wähler	Volt
<b>5. Förderung für den Public Health-Bereich</b>						
<p>Das Netzwerk Universitätsmedizin (NUM) erhielt im Zuge der Coronapandemie zunächst 150 Mio. Euro, jetzt 80 Mio. Euro Fördergelder pro Jahr zusätzlich. <b>Welche Förderung planen Sie für den Public Health-Bereich, der z.B. das (ungeförderte) Kompetenznetz Public Health zu Covid-19 gegründet hat?</b></p>	<p>Die Förderung konkreter Projekte zu Covid-19 wie beispielweise des Kompetenznetzes Public Health wird nicht im Zukunftsprogramm thematisiert. Die Erforschung von Medikamenten gegen Covid 19 sowie von weiteren Phänomenen, die mit der Pandemie verbunden sind, werden auch in der nächsten Legislaturperiode einen wichtigen Anteil an der Forschungsförderung haben.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen die Erforschung der von den Langzeitfolgen einer Covid-19-Infektion ausgehenden Gefahren namens Long-Covid priorisieren und die Erhebung klinischer Daten, die Analyse von Langzeitfolgen, die Entwicklung wirksamer Therapien und deren Implementierung in die Regelversorgung forcieren. Angesichts der Verteilung auf alle Altersgruppen und der Auswirkungen auf das Gesundheitssystem, die Wirtschaft und die sozialen sowie familiären Beziehungen der Betroffenen, bedarf es einer nationalen Long-Covid-Strategie, die der Wissenschaft und dem Gesundheitssystem die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt, um das Phänomen stärker zu erforschen und zu behandeln. <u>Hierfür</u> müssen Fördermittel bereitgestellt und Forschungsnetzwerke aufgebaut werden. Zudem muss das Phänomen Long-Covid als vordringliches Thema des von der Berliner Charité koordinierten bundesweiten Netzwerks der Universitätskliniken zur Erforschung von Covid-19 behandelt werden.</p>	<p>DIE LINKE unterstützt klar die Förderung des Kompetenznetzes public health durch Bundesmittel. Nach wie vor werden viele Entscheidungen ohne gute Evidenzgrundlage getroffen. Es geht um mehr als die Virusverbreitung zu stoppen: Welche begleitenden Auswirkungen haben die Infektionsschutzmaßnahmen? Welche Bevölkerungskreise sind besonders von Ängsten betroffen, welche brauchen vermehrt Hilfe? Was bewegt die Menschen, sich gegen eine Impfung zu entscheiden und wie können die einzelnen Gruppen wirksam ausgeklärt und überzeugt werden? Welche längerfristigen Folgen haben sowohl Longcovid als auch in der Pandemie unterlassene Behandlungen? Diese und viele weitere Fragen sind prädestiniert für public health als interdisziplinäre Wissenschaft.</p>	<p>Die öffentliche Sorge um die Gesundheit aller (Public Health) ist nicht nur der Schlüssel zur Bewältigung der aktuellen Corona-Pandemie, sondern ein zukunftsweisender Ansatz für mehr Gesundheitsschutz und Gesundheitsförderung der gesamten Bevölkerung. Wir GRÜNE wollen den Austausch mit Public Health-Fachgesellschaften, wie zum Beispiel der DGSM, systematisieren und die Entstehung und Verknüpfung von Public Health-Verbänden, wie dies in dem Kompetenznetz Public Health zu COVID-19 bereits ad-hoc und in großer Eile geschehen ist, weiter fördern.</p>	<p>Wir wollen die Förderung für den Public Health-Bereich weiter ausbauen. Neben einer Stärkung des RKI wollen wir auch „ad-hoc“ Netzwerke wie das Kompetenznetzwerk Public Health als Beratungsgremium für politische Entscheidungen verstetigen uns ausbauen.</p>	<p>Wir konnten uns als junge Partei leider noch nicht ausreichend mit diesem Thema beschäftigen, um hier eine differenzierte Antwort geben zu können.</p>
<b>6. Stärkung der Sozial-, Arbeits- und Umweltmedizin sowie der Prävention und Gesundheitsförderung</b>						



Wahlprüfsteine der DGSMSP	SPD	FDP	Linke	Grüne	Freie Wähler	Volt
<p><b>Was planen Sie, um Sozial-, Arbeits- und Umweltmedizin sowie Prävention und Gesundheitsförderung in Lehre und Forschung zu stärken, damit sie die Teilhabe von Menschen am gesellschaftlichen Leben unterstützen, den Wandel der Arbeit gesundheitsgerecht gestalten und dem Klimawandel entgegenwirken?</b></p>	<p>Aufgrund der verfassungsrechtlich geschützten Lehr- und Forschungsfreiheit kann die Förderung der Sozial-, Arbeits- und Umweltmedizin sowie der Prävention und Gesundheitsförderung in Lehre und Forschung nur durch Finanzierungsanreize erfolgen sowie durch die Schaffung verstetigter rechtlicher Rahmen für Kooperationen mit der Gesundheitswirtschaft und Praxis mit dem Ziel einer patientenzentrierten Forschung.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen das Medizinstudium von heute an die Herausforderungen von morgen anpassen. Nur mit einem praxisnahen, wissenschaftlich fundierten und optimal auf die Bedarfe der Patientenversorgung abgestimmten Medizinstudium kann das Gesundheitssystem zukunftsfähig gemacht werden. Exzellente Versorgung geht Hand in Hand mit exzellenter Ausbildung.</p>	<p>Die Ausbildungsmöglichkeiten sind im Bereich der Gesundheitswissenschaften ist nach wie vor nicht auf dem Niveau vieler andere Staaten. Auch die Sozial- und Umweltmedizin erfährt noch immer nicht die Aufmerksamkeit. DIE LINKE fordert, mehr entsprechende Lehrinhalte in die Ausbildungscurricula aufzunehmen und unterstützt Bemühungen der Länder bzw. Ärztekammern, die diese Inhalte in der Fort- und Weiterbildung stärker verankern möchten.</p>	<p>Die COVID-19-Pandemie hat deutlich gemacht, dass eine deutliche Stärkung der Gesundheitsforschung und auch andere Schwerpunkte nötig sind. Deshalb wollen wir GRÜNE ein Infrastrukturprogramm auflegen, das u.a. folgende Punkte umfasst: Gründung von neuen Nationalen Gesundheitsforschungszentren; Stärkung der nationalen Forschungsdateninfrastruktur; bessere Förderung von klinischen Studien; eine umfangreiche Forschungsinitiative für Klimaschutz, Klimaneutralität und Nachhaltigkeit, um auf aktuelle, aber auch zukünftige Folgen der Klimaüberhitzung besser reagieren und auch diese Krise meistern zu können.</p>	<p>Die Bedeutung der Forschung zu den Themenbereichen der Prävention und Gesundheitsförderung ist für uns seit dem Übergang zum New Public Health Ansatz mit der Ottawa-Charter klar vorgezeichnet. Diese sektorübergreifende Betrachtung muss auch in Zukunft weiter entwickelt werden, damit den aktuellen Entwicklungen von der Arbeits- und Wohnsituation bis zum Klimawandel Rechnung getragen werden kann. Neben einer weiteren finanziellen Stärkung der Grundlagenforschung in der Gesundheitsförderung wollen wir zusätzlich auch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung weiter stärken, damit die Erkenntnisse der Forschung zielgruppengerecht in die Anwendungen überführt werden können.</p>	<p>Volt tritt für eine evidenzbasierte Politik ein. Das heißt zum einen, dass wir uns dafür einsetzen die Wirkung (politischer) Maßnahmen zu beobachten, um die Maßnahmen ggf. anpassen zu können. Dabei spielen Lehre und Forschung natürlich eine große Rolle, sowohl in der Vorbereitung als auch in der beobachtenden Begleitung von Maßnahmen. Die gemachten Beobachtungen gilt es zu analysieren und zu bewerten. Dabei richten wir uns an den Auswirkungen für nachfolgende Generationen, Klima und Umwelt, der Förderung und Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten aller Teile der Gesellschaft, sowie individueller und gesellschaftlicher Gesundheit aus. Ein solcher Grundansatz zur Gestaltung von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, beruht auf der starken Verankerung von Sozial-, Arbeits- und Umweltmedizin sowie Prävention und Gesundheitsförderung in Lehre und Forschung und fördert diese.</p>
<p><b>7. Health-in-all-Policies</b></p>						
<p>Die Coronapandemie hat es wie unter einem Brennglas gezeigt: die Gesundheitserhaltung ganzer Bevölkerungen erfordert eine enge Zu-</p>	<p>Wir setzen uns für den Ansatz Health-in-all-Policies ein und wollen, dass die gesundheitspolitischen Aspekte in allen Politikbereichen beispielsweise im Arbeitsschutz,</p>	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Internationalen Gesundheitsvorschriften gestärkt und durch einen „Periodic Review“ ergänzt werden.</p>	<p>DIE LINKE befürwortet seit Langem das Gesundheit und Gesundheitsförderung ist für uns eine gesamtgesellschaftliche und damit gesamt-</p>	<p>„Gesundheit in allen Politikbereichen“ (Health in all Policies) muss endlich, wie es schon lange die WHO und auch die Nationale Akade-</p>	<p>Wir setzen uns im Rahmen der Salutogenese für eine Stärkung der Prävention ein. Das dafür notwendige intersektorale Verständnis setzte</p>	<p>Wir unterstützen den Ansatz der Health in all Policies. Vor allem mit dem Blick auf den Klimawandel ist dieser Ansatz unabdingbar. Da dies viele Politikfelder beinhaltet,</p>

Wahlprüfsteine der DGSM	SPD	FDP	Linke	Grüne	Freie Wähler	Volt
<p>sammenarbeit aller Politikbereiche. In der Gesundheitsförderung heißt dies „Health-in-all-Policies“. <b>Welche Maßnahmen planen Sie diesbezüglich?</b></p>	<p>in der Landwirtschaft, Forschung und in der Bildungs- und Außenpolitik berücksichtigt werden. In der laufenden Legislaturperiode wurde im Bundestag ein Unterausschuss Globale Gesundheit eingerichtet, der die Gesundheitspolitik politikfeldübergreifend betreibt. Es ist nicht auszuschließen, dass es zukünftig einen koordinierenden Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Gesundheitspolitik in allen Bereichen geben wird.</p>	<p>Die Covid-19-Pandemie hat die Schwächen unserer internationalen Instrumente und Regelwerke zur Vorbeugung, Überwachung und Bekämpfung von Gesundheitsgefahren zum Vorschein gebracht. Wir unterstützen einen internationalen Pandemievertrag, der Lücken in der Pandemievorsorge sowie -reaktion füllt und einen intersektoralen Ansatz im Sinne von „One Health“ verfolgt. Zudem setzen wir uns für eine Weiterentwicklung und Verbesserung von Frühwarnsystemen ein. Um besser auf zukünftige Gesundheitsbedrohungen vorbereitet zu sein und dringend benötigte Arzneimittelinnovationen gegen neue Erreger mit Pandemiepotential zu entwickeln, ist es wichtig, internationale Forschungsinstitutionen auszubauen und eine nachhaltige Finanzierung für die Grundlagenforschung zur Verfügung zu stellen. Wir wollen einen „Chief Medical Officer“ einsetzen, zum Beispiel in Personalunion mit der Präsidentin oder dem Präsidenten des Robert Koch-Instituts (RKI). Zudem muss der Bundessicherheitsrat reformiert werden, damit Deutschland auf aufkommende Krisen besser reagieren kann. Wir wollen die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und das Konzept</p>	<p>tische Aufgabe, denn in jedem Setting kann Gesundheit gestärkt oder beschädigt werden. Als eine konkrete Maßnahme haben wir im Bundestag beantragt, dass ein unabhängiger Beirat alle bundespolitischen Maßnahmen auf ihre Auswirkungen auf gesundheitliche Ungleichheit begutachtet und Empfehlungen abgibt (Antrag 19/29277). Damit wäre als strukturierte Folgenabschätzung Gesundheit (Health Impact Assessment) ein wichtiges Element der HiAP-Strategie umgesetzt.</p>	<p>mie der Wissenschaften Leopoldina im Jahr 2015 gefordert hat, „zur Priorität in Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft werden“. Den „Health in all policies“-Ansatz der Weltgesundheitsorganisation wollen wir GRÜNE als festes Instrument des Regierungshandelns verankern und hierzu in politischen Entscheidungsprozessen das Instrument der gesundheitlichen Folgenabschätzung („Health Impact Assessment“) etablieren. Ein wichtiger Baustein hierbei ist die Gründung eines Bundesinstituts für Gesundheit, das eine stärkere Vernetzung und qualitativen Aufwertung des öffentlichen Gesundheitswesens unterstützen soll. Auch eine engere Verknüpfung mit der Versorgung durch aus der Gesundheitsberichterstattung folgende Versorgungsziele ist aus unserer Sicht notwendig.</p>	<p>eine Kooperation aller beteiligten Akteure voraus und muss alle Politikfelder einbeziehen. Hierfür sind Aufklärungskampagnen, eine betriebliche Gesundheitsvorsorge, eine Stärkung der Eigenverantwortung, Suchtkämpfung, Drogentherapie, die Förderung von Kur- und Heilbädern sowie auch eine Gesundheitsbildung im Sinne der Vorsorge und Fürsorge im gesamten Elementarbereich, wie Kindergärten und Schulen, ein wichtiger Beitrag und daher zu fördern. Gesunde Ernährung und Bewegung müssen wieder ein zentraler Bestandteil der Prävention sein. Verpflichtender Schwimmunterricht an den Schulen ist im wahrsten Sinne lebenswichtig. Deswegen müssen kommunale Schwimmbäder vorgehalten werden. Dieses ressortübergreifende Denken im Auftrag des Gesundheitsschutzes ist auf kommunaler Ebene schon weit verbreitet. Als starke Kommunale Kraft in ganz Deutschland wollen wir diesen vernetzten Ansatz auch auf Bundesebene umsetzen.</p>	<p>im Folgenden ein kleiner Auszug aus unsere Programmatik: Wir möchten Städte so gestalten, dass die Menschen dort in einer lebenswerten Umgebung wohnen. Dazu gehört die Begründung von Gebäuden sowie Reduzierung des Individualverkehrs und Schaffung von ausreichend Bewegungsflächen für alle Altersgruppen. Im Bereich der Landwirtschaft planen wir staatliche Förderung nur für gemeinwohlorientierte Mehraufwände (z.B. Regeneration von Ökosystem, Maßnahmen zur Steigerung/Erhalt der Biodiversität) zu gewähren. In der Bildungspolitik planen wir (in enger Zusammenarbeit mit den Ländern) Gesundheitsbildung mit in die Lehrkräfteausbildung und die Lehrpläne mit aufzunehmen.</p>

Wahlprüfsteine der DGSM	SPD	FDP	Linke	Grüne	Freie Wähler	Volt
		<p>„Health in all Policies“ sowie Gesundheitssysteme weltweit stärken und einen neuen Nationalen Sicherheitsrat einrichten. Damit wollen wir auch global besser auf zukünftige Gesundheitsgefahren vorbereitet sein. Wir wollen zudem regionale, nationale und internationale transdisziplinäre Zusammenarbeit für die ganzheitliche Gesundheit für Mensch, Tier und Natur. Eine sektorenübergreifende Zusammenarbeit zwischen Humanmedizin, Tiermedizin und Umweltmedizin ist erforderlich. Ebenso ein wirtschaftliches Anreizsystem für ein nachhaltiges „One Health Unternehmertum“. Wir leben in einer globalisierten Welt, in der die weltweiten Bedrohungen durch Epidemien und Pandemien sektorenübergreifend erforscht werden müssen.</p>				
<b>8. Gesundheit und gesundheitliche Chancengleichheit</b>						
<p><b>Wie werden Sie UN-Programme (z.B. UN-Nachhaltigkeitsziele) und EU-Politiken (z.B. Europäisches Semester, Säule sozialer Rechte und Gesundheitsunion) nutzen, um mehr Gesundheit und gesundheitliche Chancengleichheit zu erreichen?</b></p>	<p>Gesundheit ist ein globales öffentliches Gut. Unsere Schwerpunkte in der internationalen Gesundheitspolitik liegen auf dem Auf- und Ausbau öffentlicher Gesundheitssysteme, der Verbesserung des Zugangs zu Arzneimitteln und Impfstoffen, mehr Transparenz sowie auf der gesundheitlichen Bildung und damit einherge-</p>	<p>Wir Freie Demokraten treten für eine stärkere multilaterale Zusammenarbeit und Koordination in der globalen Gesundheitspolitik ein. Denn das ist wegen drängender Gesundheitsprobleme wie Infektionskrankheiten, Antibiotikaresistenzen sowie Todesfällen und Erkrankungen aufgrund von globaler Erwärmung, Luft-, Wasser-</p>	<p>Die UN-Nachhaltigkeitsziele und die Säule sozialer Rechte der EU unterstützt DIE LINKE. Es bedarf erheblich mehr Anstrengungen, um insbesondere die UN-Ziele zu erreichen. Leider hat sich auch in der Corona-Pandemie gezeigt, dass die internationale Solidarität in Krisenzeiten schnell bröckelt. Die Impfstoffversorgung, aber Schutzmaterial</p>	<p>Wir GRÜNE <u>wollen dafür sorgen</u>, dass diese von Deutschland mitunterstützten Ziele auch in Deutschland umgesetzt werden. Das betrifft etwa eine gesundheitsförderliche Politik, den Abbau gesundheitlicher Ungleichheit, den fairen Zugang zur Versorgung sowie eine solidarische Finanzierung des Gesundheitswe-</p>	<p>Wir wollen den WHO-Leitfaden E4As als Grundlage der Agenda 2030 in der nächsten Legislaturperiode in Deutschland verankern. Die Förderung von Abstimmung, Kohärenz, Transparenz und insbesondere der Rechenschaftslegung sind für uns Grundvoraussetzungen, um die in Frage 7 aufgeführten Maßnahmen umzusetzen und zu evaluieren.</p>	<p>Als paneuropäische Partei ist es uns auch wichtig die Gesundheit aller EU-Bürger*innen zu verbessern. Daher begrüßen wir die Idee einer <u>europäischen Gesundheitsunion</u>. Bisher gibt es aber nur grobe Pläne wie diese aussehen soll und bezieht sich aktuell nur auf die Krisenvorsorge. Wir würden es begrüßen, wenn die Gesundheitsunion</p>

Wahlprüfsteine der DGSMP	SPD	FDP	Linke	Grüne	Freie Wähler	Volt
	<p>hend auf der Stärkung sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte. Wir arbeiten daran, dass die WHO durch einen mutigen Reformprozess gestärkt wird. Wir setzen uns dafür ein, den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit von mindestens 0,7 Prozent des BNEs einzuhalten. Davon sollen 0,2 Prozent des BNEs für die ärmsten Entwicklungsländer verwendet werden. Im EU- Kontext setzen wir uns für eine souveräne Europäische Gesundheitsunion mit einer starken und widerstandsfähigen Gesundheitswirtschaft in Europa ein, indem wir Mindeststandards in der Gesundheitsversorgung garantieren, einen starken Katastrophenschutzmechanismus etablieren und die gemeinsame Forschung und Beschaffung wichtiger medizinischer Güter fördern. Um auf grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren in Zukunft besser reagieren zu können, brauchen wir krisenfeste europäische Gesundheitsbehörden, die mit weitreichenden Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet werden.</p>	<p>und Bodenverschmutzungen unerlässlich. In unserer vernetzten Welt kann Gesundheit und Wohlergehen nicht mehr allein auf nationaler Ebene gesichert werden. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) nimmt hierfür eine zentrale Rolle ein. Sie stellt eine unverzichtbare fachliche Kompetenz für die internationale Gemeinschaft zur Verfügung und muss in ihrer Ausstattung und ihrem Mandat als koordinierende Organisation der globalen Gesundheit gestärkt werden.  Vor dem Hintergrund der aktuell zu bewältigenden Pandemie und zukünftiger gesundheitlicher Herausforderungen kommt der Rolle der EU und Deutschlands in der globalen Gesundheitspolitik große Bedeutung zu. Die EU-Strategie zur globalen Gesundheit muss aktualisiert und mit der außenpolitischen Strategie verknüpft werden. Um Schwächen der Koordinierung und Kohärenz in der globalen Gesundheitspolitik Deutschlands zu reduzieren und entschlossen die Globale Gesundheitsagenda national und international zu bespielen, setzen wir uns für eine ressortübergreifende Koordinierungsstelle ein. Außerdem wollen</p>	<p>waren in Zeiten der Knappheit eher Gegenstand von Verteilungskämpfen als von Bemühungen einer global gerechten Verteilung. Wir wollen die UN- und WHO-Institutionen erheblich stärken und die Verbindlichkeit der internationalen Übereinkommen verbessern. Insbesondere die WHO muss als Koordinierungs- und Gestaltungsinstanz besser eigenständig über ihre Agenda entscheiden. Dafür wollen wir den Anteil zweckgebundener Beiträge und den Anteil privater Stiftungen und Unternehmen senken und der Weltgesundheitsversammlung mehr Gestaltungsspielraum einräumen.</p>	<p>sens. Dazu bedarf es auch einer regelmäßigen Evaluation, inwieweit diese Ziele erreicht wurden bzw. was noch zu tun ist, um sie zu erreichen. Bei dieser Aufgabe kann auch ein zu gründendes Bundesinstitut für Gesundheit eine wichtige Rolle spielen. Wir wollen außerdem die europäische und internationale Zusammenarbeit in Gesundheitsfragen verbessern. Dazu wollen wir das ECDC aufwerten und die WHO stärken.</p>		<p>weiter ausgebaut wird - mit einer langfristigen Vision zu einem gemeinsamen europäischen Gesundheitswesen um allen Menschen in der EU denselben Zugang zu einem guten Gesundheitssystem zu ermöglichen.</p>

Wahlprüfsteine der DGSMP	SPD	FDP	Linke	Grüne	Freie Wähler	Volt
		<p>wir einen Aktionsplan „Globale Gesundheit“, um Ziele und Prioritäten umzusetzen. Nur so kann Deutschland mehr Verantwortung in der globalen Gesundheitspolitik übernehmen.</p> <p>Der Schwerpunkt des deutschen Engagements muss auf der Stärkung von Gesundheitssystemen liegen, sodass Menschen überall auf der Welt, unabhängig von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit, gleichberechtigten Zugang zu bedarfsgerechten Gesundheitsdienstleistungen haben. Hierfür halten wir es für erforderlich, dass alle Akteure – also staatliche, zivilgesellschaftliche, akademische und privatwirtschaftliche – konstruktiv zusammenarbeiten und nachhaltige Lösungen entwickeln.</p> <p>Wir wollen einen Wandel in der globalen Gesundheitspolitik hin zu mehr Gesundheitsförderung. Hierfür wollen wir digitale Systeme nutzen, um die Transformation von einer reaktiven Therapie zu einer proaktiven Prävention von Krankheiten zu unterstützen. Digitale Technologien können die weltweite Gesundheitsversorgung verbessern, das Tempo zur Erreichung von „Universal Health Coverage“ beschleunigen und die Zukunft von</p>				

Wahlprüfsteine der DGSMP	SPD	FDP	Linke	Grüne	Freie Wähler	Volt
		„Primary Health Care“ gestalten.				